

Keine Klage wegen des NSA-Skandals

Redaktionsgespräch – Grünen-Politiker will Militärexporte in Türkei aussetzen und Geheimdienstkooperation reduzieren

VON JÜRGEN RAHMIG

REUTLINGEN. »Nach derzeitigem Stand werden wir nicht klagen«, sagt der Grünen-Politiker Konstantin von Notz (46), der Obmann seiner Partei im NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages war. Zum Abschluss der Ausschussarbeit war es vor der Übergabe des Berichts zu einem Eklat gekommen. »Der Vorgang war sehr ärgerlich«, sagt von Notz im GEA-Redaktionsgespräch. Er unterstützt die Reutlinger Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke im Wahlkampf.

Mehr als drei Jahre hatten die Ausschussmitglieder aller Parteien »eigentlich gut zusammengearbeitet«. Am Ende hatte die Opposition aus Grünen und Linken aber ein Minderheitenvotum eingereicht, dessen Frist – »man muss es ehrlicherweise sagen« – überschritten war. Das habe aber auch für den Hauptbericht des Ausschusses gegolten, auf den sich das Sondervotum bezog. »Die Vertreter der Regierungskoalition hatten aber aus reiner Bösartigkeit – so haben wir das empfunden – gesagt, Ihr habt zu spät abgegeben, das wandert komplett in die Geheimschutzstelle.«

Damit hätte der Bericht der Opposition nicht für die Abschlussdebatte genutzt werden können. Daraufhin weigerten sich die Obleute von Notz und Martina Renner von der Linken, den Bericht zu unterschreiben. Damit hätte der gesamte Bericht des Ausschusses nicht mehr rechtzeitig an den Bundestag überreicht werden können. »Wir haben gesagt, wir unterschreiben, aber Ihr müsst den Geheimhaltungsbeschluss zurücknehmen.« Das habe Sensburg nicht gewollt. Stattdessen hat er die beiden Obleute der Opposition einfach ersatzlos abgelöst. »Das geht eigentlich gar nicht«, sagt von Notz, »denn so wird die gesamte Opposition aus dem parlamentarischen Prozess entfernt, und das ist natürlich ein unglaublicher Vorgang.«

Dann hat der Grünen-Politiker mit der Klage gedroht: »Ich habe gesagt, das muss man rechtlich prüfen. Ich sage jetzt aber, das war ein einmaliger Vorgang, und weil man ansonsten einen guten Umgang miteinander hatte – Schwamm drüber. Aber so etwas darf sich keinesfalls wiederholen.« Überhaupt kein Verständnis hat von Notz für die Herausgabe des Buches »Unter Freunden«. Das hatten Sensburg und ein Co-Autor noch vor dem Abschluss des NSA-Ausschusses veröffentlicht. Von Notz nennt das parlamentarisch »unter aller Kanone«.

Dass US-Whistleblower Edward Snowden nach langen Bemühungen letztlich nicht vom Ausschuss befragt werden konnte, führt er auf das Verhalten der Bundesregierung und vor allem des Justizministeriums zurück. Er spricht von einem »schäbigen Zeitspiel«. Snowden wäre vielleicht nicht der wichtigste Zeuge gewesen, aber er wäre ein sehr wichtiger Zeuge gewesen, sagt er. Natürlich ging es bei Snowden auch um Außenpolitik und die Befindlichkeit der USA in dem Spionagefall. Verheerend nennt der Grünen-Politiker den derzeitigen Status quo. Dass Snowden ausgerechnet bei Wladimir Putin Unterschlupf gefunden hat, »der mit Rechtsstaatlichkeit gar nichts am Hut hat und sich zum Retter des Whistleblowers aufspielen kann, ist PR-mäßig ein GAU«.

Wenn andererseits Snowden nicht gewesen wäre, würden die Kanzlerin und große Teile der Bundesregierung bis heute weiter abgehört. Der NSA-Ausschuss hat seiner Auffassung nach sehr viel herausgefunden, »beispielsweise, wie dieses System funktioniert.« Leider bleibe es bis heute mehr oder weniger folgenlos, beklagt er. Das gelte für die meisten U-Ausschüsse und auch für den G20-Gipfel in Hamburg. »Da läuft etwas so krass schief, aber alle geben sich gegenseitig Rückendeckung.« Einen wichtigen Grund dafür sieht er in der Großen Koalition und den krassen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag, die der Regierungskoalition ein bequemes Regieren erlauben. Obwohl die Große Koalition seiner Überzeugung nach für Deutschland nicht gut ist, sieht er nach den Wahlen vom 24. September eine Neuauflage, eben weil es so bequem ist für SPD und Union.

Was die Grünen mit Blick auf die Bundestagswahl angeht, sagt er: »Wir wollen regieren und wir haben klare politische Ziele.« Die Grünen machen keine Koalitionsaussage. »Wir machen das an Inhalten fest.« Sollte die CDU mit den Grünen koalieren wollen, »werden sie ein Stück auf uns zugehen müssen. Wir werden uns natürlich auch bewegen müssen. Aber wir lassen uns nicht am Nasenring durch die Arena führen, wie das mit der FDP während Schwarz-Gelb war. Und die CDU muss insgesamt klären, wie viel Narrenfreiheit sie ihrer kleinen Schwester CSU zugestehen will.«

»Man muss ein glasklares Zeichen setzen«

Die Reaktion von Außenminister Gabriel auf die ständigen Provokationen aus der Türkei hält er für vollkommen richtig. Er fordert zusätzlich »ein Aussetzen der Militärexporte in die Türkei«. In den ersten vier Monaten 2017 billigte die Bundesregierung immer noch einige Geschäfte im Wert von 22 Millionen Euro. Dabei ging es vor allem um Ersatzteile oder Zulieferungen für die Marine und gemeinsame Projekte mit anderen Nato-Partnern. Von Notz will keine Eskalation, schon gar keinen Abbruch der diplomatischen Beziehungen oder Rauswurf aus der Nato. »Aber man muss ein glasklares Zeichen setzen und zeigen, dass man sich das nicht gefallen lässt«.

Auch die Geheimdienstzusammenarbeit mit der Türkei will er zurückgefahren sehen. »Man muss die Kooperation derzeit auf ein absolutes Mindestmaß reduzieren.« Der Grünen-Politiker verweist auf dubiose Listen von Gülen-Anhängern, die überreicht wurden, damit Deutschland sie überwacht. Von Notz sieht auch die Gefahr, dass türkische Dienste zu manipulieren versuchen.

Die Kooperation mit dem türkischen Nachrichtendienst MIT nennt er seit vielen Jahren wichtig, weil viele der islamistischen Gefährder, die nach Syrien gehen, durch die Türkei reisen. In den letzten Monaten sei die Rolle der Türkei und des MIT aber unklarer geworden. Er spricht von BND-Hinweisen über problematische Verbindungen der türkischen Sicherheitsbehörden zu den Muslimbrüdern und bestimmten Salafisten. »Das Ganze ist schwierig geworden, auch weil der BND und der MIT Datenaustausch betreiben.«

Die Geheimdienste gehen von Manipulationen im Bundestagswahlkampf aus. Auch von Notz rechnet mit Manipulationen, Fake News oder manipulativen Social Bots, also Programmen, die sich in sozialen Netzwerken zum Beispiel als echte User ausgeben und Kommentare posten. »Das muss man sehr ernst nehmen.« Das hatte auch der US-Wahlkampf gezeigt. »Ich bin mal gespannt, wie wir alle damit umgehen, wenn beispielsweise Emails mit diskreditierenden Inhalten geleakt werden.«
(GEA)